
Verleihung des

13. CARLO-SCHMID-PREISES

an Joachim Gauck, Bundespräsident a. D.

Samstag, 3. Februar 2018

Rittersaal des Mannheimer Schlosses

PROGRAMM

Eröffnung und Begrüßung Siegmar Mosdorf Vorsitzender der Carlo-Schmid-Stiftung, Parl. Staatssekretär a. D.	2
Grußwort Dr. Peter Kurz Oberbürgermeister der Stadt Mannheim	5
Laudatio auf den Preisträger Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin Staatsminister a. D.	8
Verleihung des Preises Siegmar Mosdorf stellvertretend für Leni Breymaier MdB Vorsitzende des Kuratoriums der Carlo-Schmid-Stiftung und SPD-Landesvorsitzende	14
Ansprache des Preisträgers Joachim Gauck Bundespräsident a. D.	16
Foto-Impressionen von der Preisverleihung	28
Carlo Schmid – Biografische Stationen	37

Siegmar Mosdorf

Vorsitzender der Carlo-Schmid-Stiftung, Parl. Staatssekretär a. D.

Eröffnung und Begrüßung

Sehr verehrter Herr Bundespräsident,
meine Damen und Herren des Deutschen Bundestages, des Landtages von
Baden-Württemberg, des Europäischen Parlaments,
meine Damen und Herren des diplomatischen Korps,
meine Damen und Herren,

Zunächst möchte ich den Musikern der Musikschule Mannheim für die Sonate von Carl Maria
von Weber herzlich danken.



Carlo Schmid, an dessen Lebenswerk wir heute wieder erinnern, war eine Ausnahmeerscheinung der deutschen, ja besser, der europäischen Politik: 1896 im katalanischen Südwesten Frankreichs, in Perpignan, geboren und aufgewachsen, verbrachte er ab 1908 seine Kindheit in der Hölderlinstadt Tübingen. Er begegnete dem kritischen Rationalismus der Frankfurter Schule als Professor für Staats- und Völkerrecht an den Universitäten Tübingen und Frankfurt. 1949 bestellte der damalige SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher Carlo Schmid zu sich nach Hannover. Dann sagte er Carlo Schmid, dass er nicht in Tübingen, sondern in Mannheim für den Bundestag kandidieren solle. Für einen Intellektuellen wie ihn wäre zwar eine Kandidatur in der Hölderlin-Stadt Tübingen einfacher, aber er soll in der Arbeiterstadt Mannheim dafür sorgen, dass die Sozialdemokratie dort stark wird.

Von 1949–1972 wurde Carlo Schmid in der traditionellen Arbeiterstadt Mannheim immer wieder direkt in den Deutschen Bundestag gewählt. Den Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, Dr. Peter Kurz, begrüße ich hier herzlich.

In der damaligen Zeit bezeichnete der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland und Freund von Carlo Schmid, Theodor Heuss (FDP), Carlo Schmid als „das Silberbesteck im Proletarierhaushalt“. Heute ist die Stadt Mannheim eine moderne Stadt der industriellen Dienstleistungen mit einer hohen Lebensqualität und die SPD ist eine Volkspartei. Carlo Schmid war einer der Väter des deutschen Grundgesetzes – dem Fundament Deutschlands nach 1945 – unsere heutige aktuelle Lage bei der Regierungsbildung war wahrlich bei der Formulierung des Grundgesetzes nicht absehbar. Trotzdem hat die Parlamentarische Ver-

sammlung damals unter der Führung von Carlo Schmid eine Lösung gefunden, die uns heute hilft. Der Bundespräsident Steinmeier kann in dieser Phase einer sehr schwierigen Regierungsbildung das Grundgesetz als Instrument in Anspruch nehmen. Carlo Schmid war ein Parlamentarier mit Leib und Seele.

Er war aber auch Schriftsteller, der französische Lyrik, Charles Baudelaire, Paul Valéry und z. B. die Antimemoiren von Malraux übersetzte. Er war ein *homme de lettre*. Oder, wie Walter Jens das einmal formulierte, „in der Fülle seiner Erscheinung, seiner Ausdrucksweise und Darbietungsformen ein Shakespearscher Geist“. Carlo war ein deutsch-französischer Charakter. Seine Mutter sagte einmal zu ihm: „Deutschland ist das Land Deines Vaters, und da Du Dich von diesem Land hast aufnehmen lassen, ist es Dein Vaterland. Frankreich ist das Land Deiner Mutter, dieses Land solltest Du auch nach der Entscheidung nach Deutschland zu gehen, ehren. Künftig werden wir nur noch französisch miteinander sprechen“. Damit hatte Carlo Schmid natürlich ein wunderbares Fundament für seine Aktivitäten im Rahmen der deutsch-französischen Beziehungen. Wie wichtig wäre das heute, wo Deutschland und Frankreich für Europa eine so zentrale Rolle spielen, jemanden zu haben, der eine „deutsch-französische DNA“ hat. Eine Enkeltochter von Carlo Schmid ist heute hier, Dr. Christiane Schmidt – ich begrüße Sie herzlich.

Die Carlo-Schmid-Stiftung erinnert seit nunmehr fast 30 Jahren an sein Lebenswerk. Mit großem ehrenamtlichem Engagement wollen Vorstand und Kuratorium alles tun, damit Carlo Schmid nicht in Vergessenheit gerät. Ich begrüße heute die Vorstandsmitglieder Anni Betz, Rosa Grünstein und Helmut Zilligen und aus dem Kuratorium Prof. Dr. Klaus von Beyme und Monika Wulf-Mathies. Die Stiftung hat sich mit vielen einzelnen Initiativen darum bemüht, an das Lebenswerk von Carlo Schmid zu erinnern: es gibt inzwischen ein Stipendium des Auswärtigen Amtes mit dem Namen von Carlo Schmid, es gibt eine Sonderbriefmarke mit dem Portrait von Carlo Schmid. Und: der Internationale Bund, den Carlo Schmid nach dem Krieg mitgegründet hat, hat seine Schulen in Baden nach Carlo Schmid benannt.

Wir konnten die „Erinnerungen“ – die autobiografische Lebensgeschichte dieses Mannes – mit der Unterstützung eines Stuttgarter Verlegers wieder auflegen.

Die Stiftung verleiht regelmäßig einen Carlo-Schmid-Preis „an Personen und Organisationen, die einen Beitrag zur Weiterentwicklung des demokratischen Rechtsstaates, der politischen Kultur, sowie der europäischen Verständigung im Sinne der liberal-humanistischen Tradition Carlo Schmidts“ – wie es in unserer Satzung heißt – geleistet haben. Den Carlo-Schmid-Preis haben schon außergewöhnliche Persönlichkeiten wie Jacques Delors, Helmut



Schmidt, Daniel Goeudevert oder besondere Institutionen, wie der Fernsehsender ARTE, das deutsch-französische und das deutsch-polnische Jugendwerk erhalten. Der letzte Preisträger war der frühere französische Premierminister und spätere Außenminister Jean-Marc Ayrault. Ayrault ist eine französische Persönlichkeit mit einem deutschen Universitätsstudium.

Die Stiftung hat nun entschieden, den 13. Carlo-Schmid-Preis an Sie, lieber Herr Bundespräsident Gauck, zu verleihen. Sie haben viele Jahre nach der Wiedervereinigung als erster Ostdeutscher eine glänzende Präsidentschaft verantwortet und sind Brückenbauer zwischen Ost und West in Deutschland und Europa geworden. Jean Monnet und Carlo Schmid waren – nach einer fürchterlichen ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf unserem Kontinent – die geistigen Gründungsväter des neuen Europas. Und Sie, lieber Herr Gauck, stehen mit Ihrer Leistung in dieser Tradition. Da ich weiß, dass Sie die französische Chanson-Sängerin Barbara gerne gehört haben, hätte ich sie am liebsten mit ihrem Lied „Göttingen“ in diese Preisverleihung eingeladen. Sie kam aus einer jüdischen Familie, die nur knapp in Frankreich den Nazis entkommen ist. 1967 – sechs Jahre nach dem Mauerbau – besang sie in einem grandiosen Konzert die deutsch-französische Freundschaft. Und Joachim Gauck – damals 27 und hinter der Mauer lebend – hörte von diesem Konzert und die sich damit verbindende unerhörte freie Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich.

Herr Bundespräsident, ich begrüße Sie und Ihre Frau Daniela Schadt sehr herzlich hier im Mannheimer Schloss. Ich freue mich, dass der Kulturstatsminister a. D., Professor Nida-Rümelin, die Laudatio auf Sie übernommen hat.

Ich darf jetzt den Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, der zugleich Mitglied des Kuratoriums der Carlo-Schmid-Stiftung ist, Dr. Peter Kurz, um sein Grußwort bitten.



Dr. Peter Kurz

Oberbürgermeister der Stadt Mannheim

Grußwort

Sehr verehrter Herr Bundespräsident, lieber Herr Dr. Gauck, sehr geehrte Frau Schadt, lieber Siegmund Mosdorf, sehr geehrter Professor Nida-Rümelin, meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist eine besondere Freude und Ehre Sie alle – auch im Namen des Gemeinderates, der Verwaltung und der Bürgerschaft – zur Verleihung des Carlo-Schmid-Preises an Bundespräsident Joachim Gauck in unserer Stadt begrüßen zu können.

Dieser Preis ist für unsere Stadt nicht nur aus Verpflichtung gegenüber dem Erbe Carlo Schmid's von besonderer Bedeutung; unser Selbstverständnis als Stadt vor dem Hintergrund unserer spezifischen Geschichte deckt sich mit dem Stiftungszweck der Carlo-Schmid-Stiftung und der Haltung der auszuzeichnenden Personen in besonderer Weise.

Die Stiftung, wir haben es gehört, ehrt Personen, Gruppen oder Organisationen, die einen Beitrag zur Erhaltung des Rechtsstaates, des Sozialstaates und der liberalen politischen Kultur und zur europäischen Verständigung im Sinne der liberal-humanistischen Tradition Carlo Schmid's geleistet haben.

Freiheit, Mitmenschlichkeit und Vergegenwärtigung der Geschichte und Selbstvergewisserung durch kritische Auseinandersetzung sind Themen Ihres Lebens, die auch Ihre Prägung der öffentlichen Ämter bestimmt haben – als Leiter der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, die als Gauck-Behörde schon heute ins kollektive Gedächtnis eingegangen ist, und natürlich als Bundespräsident.

Sehr gut erinnere ich mich an Ihren Besuch 2013 in Mannheim, als Sie sich vor allem über die Situation der Sinti und Roma sowie über die Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien informierten. Sie wollten bewusst nicht nur die Stadt der Spitzenforschung und der vorbild-



lichen Gymnasien sehen, wie Sie es damals formulierten. Ihnen war das ganze Mannheim wichtig, wie auch jenes der sozialen Brennpunkte. Man muss wie Sie aufmerksam hinsehen, um Probleme zu erkennen, ihre Dringlichkeit zu verspüren und dann lösen zu können.

Der Carlo-Schmid-Preis reiht sich in eine stolze Reihe von Auszeichnungen ein, die Ihnen zuteil geworden sind, und die zusammen allein durch die Namensgeber schon ein Profil umreißen, wenn wir neben dem Carlo-Schmid-Preis an die Theodor-Heuss-Medaille und den Hannah-Arendt-Preis denken.



Lassen Sie mich ein wenig auf Carlo Schmid eingehen, was freilich nur ein Schlaglicht aus Mannheimer Sicht auf dessen reichhaltiges Wirken sein kann. Doch die wenigen Bemerkungen werden auch zeigen, warum der nach ihm benannte Preis heute einen so passenden Preisträger findet.

Carlo Schmid war einer der Väter des Grundgesetzes und ein großer Europäer. Seine Lebenserfahrungen – zwei Kriege, die mangelnde Wertschätzung der Weimarer Demokratie, die mangelnde Wehrhaftigkeit ihrer Institutionen, der Nationalismus und der Triumph des

völkischen Denkens und der erlebte Absturz in die totalitäre Katastrophe – prägten sein politisches Wirken in der Nachkriegszeit. Die Gewährleistung der Würde des Einzelnen, Freiheit, stabile Institutionen und Bewahrung der Rechtsstaatlichkeit, Europa und wechselseitige Wertschätzung als Antworten auf die Bedrohungen sind Eckpfeiler, die nicht nur sein Denken und das vieler, die er mitgeprägt hat, beschreiben, sondern Rechtsrahmen und Institutionen formten.

Seine Erfahrungen und Schlussfolgerungen wie die seiner Mitstreiter sind von höchster Aktualität. Und sie verdienen größtmögliche Beachtung in diesen Tagen – in den politisch-ethischen und kulturellen Fragen, aber auch in denen der Betrachtung der Institutionen. Bis in die Fragen der Regierungsbildung hinein. Man kann die Väter und Mütter des Grundgesetzes und auch Carlo Schmid förmlich sprechen hören, wenn man die Regelungen des Grundgesetzes liest. Wer Art. 63 des Grundgesetzes beachtet und betrachtet, kann sich über den nonchalan-ten Umgang mit dem Begriff Neuwahlen nur wundern. Es ist mit Händen zu greifen, dass die Übernahme von Verantwortung – wohl auf Basis der angesprochenen Erfahrungen – verfahrenstechnisch geradezu erzwungen wird oder erzwungen werden soll.

Pflicht und Übernahme von Verantwortung – das müssen wir uns als Mannheimer eingestehen – hat Carlo Schmid auch nach Mannheim geführt, nicht die Neigung. 1969 allerdings dankte er für die Mannheimer Ehrenbürgerwürde mit den Worten: „Diese Ehrung ist die höchste, die mir bisher in meinem Leben zuteil geworden ist.“

Carlo Schmid war von 1949 an 23 Jahre direkt gewählter Bundestagsabgeordneter unserer Stadt und wie Sigmar Mosdorf schon ausgeführt hat, übernahm auf Anregung Kurt Schumachers und mit der Unterstützung des örtlichen SPD-Vorsitzenden Jakob Trumpfheller, Erster Bürgermeister, den Wahlkreis Mannheim I als Kandidat für den Deutschen Bundestag. Freilich war der großbürgerliche Kandidat im damals durchaus proletarisch geprägten Kreisverband zunächst nicht unumstritten. In seinen Erinnerungen berichtet er, dass ihn Kurt Schumacher aufforderte, in Mannheim zu kandidieren, in dem – Zitat – „proletarischsten und von den Kommunisten am meisten umkämpften Bezirk Südwestdeutschlands“. Dann berichtet Schmid offen: „Ich kannte Mannheim nicht.“ Allerdings, so Schmid weiter, „fand ich schnell ein herzliches Vertrauensverhältnis zur örtlichen Parteiorganisation.“

Doch vor allem suchte er die Nähe zu den Menschen, zu den Mannheimerinnen und Mannheimern. Carlo Schmid wusste, dass die Menschen materielle Hilfe brauchen, doch er wusste auch, dass – Zitat – „ein Händedruck einen Verzweifelten neu mit dem Leben verbinden kann.“

1959 unterlag er bei der Wahl zum Bundespräsidenten dem Christdemokraten Heinrich Lübke, und bei der Entscheidung über den Kanzlerkandidaten der SPD 1961 ließ er Willy Brandt den Vortritt.

Auch wenn ihm höchste Staatsämter versagt blieben, definierte Carlo Schmid nicht nur die junge Bundesrepublik durch sein Wirken mit, er blieb maßgebender Orientierungspunkt für das Selbst- und Amtsverständnis vieler politisch Engagierter. Orientierung gaben seine Humanität, seine Beiträge zur Aussöhnung, seine beispielgebende Diskursbereitschaft, die die Möglichkeit des eigenen Irrtums einbezog.

Ich denke, dass vieles von dem über Carlo Schmid Gesagten auch auf Sie zutrifft, Herr Bundespräsident Gauck.

Ein besonderer – Sie beide verbindender Beitrag zur politischen Kultur unseres Landes – ist Ihre politische Rhetorik. Sie repräsentieren eine überzeugungsorientierte Rhetorik und verkörpern zugleich den integren Bürger im politischen Amt. Ihre Reden zu Zeiten der DDR, Herr Bundespräsident Gauck, waren Teil einer neuen demokratischen Redekultur, die friedlich die Ablösung eines totalitären Systems ermöglicht hat und Mut erzeugte. Die Fähigkeit zur Verdichtung durchaus komplexer Gedankenführung, Emotion und Anleitung zur Handlung ist selten in der politischen Rhetorik in Deutschland, zu denken ist an Carlo Schmid, vor allem aber auch an Willy Brandt und an Sie: „Euer Hass ist unser Ansporn“ ist so ein Satz, dessen Kraft und Unmittelbarkeit Orientierung gibt.

Ansporn für eine freiheitliche, demokratische und friedliche Gesellschaft einzutreten, ist das Sie und Carlo Schmid verbindende Anliegen. Der Carlo-Schmid-Preis ist dafür Dank und Bestätigung.

Ich gratuliere Ihnen, lieber Herr Dr. Gauck, Herr Bundespräsident, ganz herzlich zum Carlo-Schmid-Preis.

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

Staatsminister a. D.

Laudatio zu Joachim Gauck für die Verleihung des Carlo-Schmid-Preises

Verehrter Preisträger, sehr geehrte Festversammlung, Siegmars Mosdorf hat den deutsch-französischen Hintergrund von Carlo Schmid dargestellt, der wird im Folgenden keine Rolle mehr spielen. Ich werde ein paar Schlaglichter auf den Preisträger und auf den Namensgeber dieser Stiftung und dieses Preises werfen, und da spielt das Deutsch-Französische jetzt in Ihrem Fall keine zentrale Rolle, deswegen nicht ganz ernst gemeint: Meine Frau hat sich, Siegmars Mosdorf kann das nicht wissen, konsequent an der Erziehungsmaxime der Mutter von Carlo Schmid orientiert. Sie ist gebürtige Französin und obwohl mein Französisch schlecht ist, hat sie mit den Kindern in den ersten Jahren nur Französisch gesprochen, und das hat auch gefruchtet – sprachlich jedenfalls hält die Brücke über den Rhein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, passt das zusammen: Carlo Schmid und Joachim Gauck? Joachim Gauck hat sich einmal, ich weiß nicht wie stark der Schuss Ironie dabei war, als „linker, liberaler Konservativer“ bezeichnet, und im Positiven wie im Negativen, manchmal auch mit kritischen Untertönen, ist gesagt worden: Es gäbe nur ein einziges Thema für

Joachim Gauck, nämlich das der Freiheit.¹ Das sei das Lebensthema und der politische Auftrag von Joachim Gauck. Und da könnte man meinen, das hätte nicht viel mit der Sozialdemokratie zu tun. In der Tat gibt es dieses Zerrbild der Sozialdemokratie, wonach sie nicht an Freiheit, sondern nur an sozialer Gerechtigkeit orientiert sei, und ich würde sagen, Carlo Schmid, dessen Wirken schon angesprochen wurde (das Grundgesetz atmet bis heute seinen Geist), ist ein Beispiel dafür, dass dieses Zerrbild falsch ist.

Die Sozialdemokratie ist im 19. Jahrhundert entstanden, ursprünglich als eine Bildungsbewegung. Liberale



Bildungsvereine sind der historische Ursprung der Sozialdemokratie. Und es ging in den Ursprüngen in erster Linie um gleiche Anerkennung und gleichen Respekt, zunächst nicht um Sozialstaatlichkeit, sondern um gleiche Anerkennung und gleichen Respekt dem „vierten Stand gegenüber“. Der eigentliche „Held“ der frühen Sozialdemokratie ist nicht, wie immer kolportiert wird, Karl Marx, sondern Ferdinand Lassalle. Und Ferdinand Lassalle ist ein Freigeist, wie er im Buche steht, umgekommen in einem Duell, komplexe Liebschaftsgeschichten, auf die ich jetzt gar nicht eingehen will.

Willy Brandt hat an seinem Grab einmal sehr nachdenkenswerte Worte gesagt, unter anderem dass solche Figuren nicht so gut ankommen in einer von Arbeitsethos und Verzicht geprägten Sozialdemokratie, aber Ferdinand Lassalle war dennoch der große Held in den ersten Jahrzehnten der Sozialdemokratie, dabei verband er Kantianismus, Freiheit und politische Verantwortung (das zweite große Thema von Joachim Gauck). Verantwortung, auch wenn man selber nicht aus der Klasse ist, deren Interessen man vertritt, wie das bei Ferdinand Lassalle der Fall war, der durch ein glücklich ausgegangenes Scheidungsverfahren einer ihm sehr nahestehenden wohlhabenden Dame aller materiellen Sorgen für den Rest seines Lebens enthoben war. Man kann sagen, dass die Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg, und zwar mühsam – Carlo Schmid, Fritz Erler, Willy Brandt, übrigens auch Herbert Wehner spielten dabei eine wichtige Rolle – zurückgekehrt ist zu ihren Ursprüngen, als sie die Freiheit wiederentdeckte. Das Godesberger Programm ist das Ergebnis 1959. Damit schüttelt die Sozialdemokratie ihre marxistischen Eierschalen ab. Sie wird politisch erwachsen. Und damit erst regierungsfähig in Deutschland. Das ist meine Sicht, gebe ich zu, es sind nicht alle dieser Meinung, aber es lohnt sich manchmal, daran zu erinnern. Und da Siegmund Mosdorf den Fehler gemacht hat, einen Philosophen einzuladen, müssen Sie sich noch kurz einen philosophischen Exkurs dazu anhören.



Joachim Gauck wählte als Leitlinie seiner Präsidentschaft: „Die Freiheit des Erwachsenen heißt Verantwortung“. In der Tat hängen, und das macht einen zentralen Bestandteil meiner eigenen praktischen Philosophie aus, Freiheit und Verantwortung weit enger zusammen, als man zunächst meinen könnte². Freiheit ist nicht Willkür, sondern die Fähigkeit, aus eigenen Gründen zu handeln. Verantwortung heißt, gegenüber anderen, die nachfragen, Antwort geben zu können, nicht nur, wie ursprünglich für die Wortbedeutung ausschlaggebend, gegenüber Autoritäten, Gott und Fürst und Priester, sondern gegenüber seinen Mitmenschen. Im weiteren Sinne hat man Verantwortung für sich und andere zu übernehmen, jedenfalls als erwachsene Menschen, es gibt in der Tat Pflichten gegenüber sich selbst und Pflichten gegenüber anderen, und diese sind eingebettet in die wechselseitige Anerkennung autonomer Lebensgestaltung. Praktizierte Solidarität ist eine Form der Wahrnehmung von Verantwortung. Die Demokratie verliert als Lebens- und Gesellschaftsform an Vitalität, wenn ihre Bürgerinnen und Bürger nur an sich selbst denken, nicht auch Verantwortung für den Zusammenhalt und die Gestal-

2 Vgl. Dieter Sturma (Hg): Freiheit und Verantwortung: Zur praktischen Philosophie von Julian Nida-Rümelin, Berlin: De Gruyter 2012.



tung der politischen Verhältnisse zu übernehmen bereit sind.

Wie hängt das Freiheitsthema mit sozialer Verantwortung zusammen? Da gibt es einen interessanten Strang des philosophischen Denkens, der bei Immanuel Kant seinen Ausgangspunkt nimmt. Kant, der ängstliche Königsberger, der vorsichtshalber Königsberg nicht verlassen hat, weil man sich außerhalb einen Schnupfen holen könnte, war zu gleicher Zeit der vielleicht mutigste Denker der Europäischen Aufklärung, auch der Vollender der Europäischen Aufklärung. Und sein zentrales Thema ist das der Autonomie. Was macht Menschen autonom? Was heißt autonom? Was macht sie fähig (ich will das übersetzen in eine modernere Sprache) nach eigenen Gründen zu handeln, die aber so sind, dass sie respektvoll mit den eigenen Gründen, die andere

Menschen haben, umgehen, dass sie anderen Menschen gleichermaßen Autonomie, ein autonomes Leben, oder, nochmal übersetzt in eine modernere Sprache, erlaubt, Autorin oder Autor des eigenen Lebens zu sein – was sind die Bedingungen dessen, dass wir autonom sein können? Kant hatte die staatliche Sozial und Bildungsverantwortung nicht im Blick. Aber seine Nachfolger hatten das. Längst vergessen. Natorp, Cohen, Nelson, die Fabian Society in England. Die sagen sich, also wenn es um Autonomie geht, geht es ja nicht nur um Autonomie des einzelnen Individuums, sondern da geht es um gleiche Autonomie und gleichen Respekt, oder, wie Kant so unnachahmlich sagt, in jeder Person manifestiert sich die Würde der Menschheit als Ganze. Und dafür gibt es bestimmte, ganz konkrete Voraussetzungen. Eine Voraussetzung ist, dass alle Menschen gleichermaßen an Bildung teilhaben können – gleichermaßen und das heißt, dass nicht nach Klassen diskriminiert wird und nicht nach Geschlechtern: Frauen nicht in die Schulen, Arbeiterkinder nicht an die Hochschulen. Der Staat ist verantwortlich dafür, dass Menschen gleichermaßen an Bildung partizipieren können. Und wenn Menschen in existentieller Not sind, aus Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter, Elternschaft, was auch immer, dann bedarf es einer solidarischen Sicherstellung dessen, dass ich Autorin oder Autor des eigenen Lebens auch in solchen Situationen bleiben kann. Und das ist, in Kürze, das sozialdemokratische Programm seit dem späten 19. und frühen 20. Jahrhundert: Bildungsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit. Und insofern gibt es einen engen Zusammenhang zwischen einem adäquaten Freiheitsverständnis, auf der einen Seite und sozialdemokratischer Tradition, auch wenn die über einige Jahrzehnte immer mal wieder, in der Theorie jedenfalls, verschüttet wurde. Und Carlo Schmid hat dazu beigetragen, dass sich das wieder durchsetzte.

Joachim Gauck steht zweifellos in einer Tradition, die im Falle Carlo Schmid als liberal-humanistisch bezeichnet wurde. Liberal, weil der Wert der Freiheit, der Selbstbestimmung, der

Widerstand gegen Übergriffigkeiten des Staates und anderer Autoritäten zentral ist, aber auch humanistisch, weil es nicht die individuelle Haltung der Abwehr allein ist, sondern die Einbeziehung des Anderen³, die Öffnung gegenüber dem Anderen, die Kooperationsbereitschaft, die Empathie.⁴

Wir haben seit Anfang der 1980er-Jahre ein neues deutsches Biedermeier erlebt. Auch in hohen politischen Ämtern. Das hat diesem Land nicht in jeder Hinsicht gutgetan. Und zu diesem Biedermeier gehörte, dass wir existentielle Fragen nicht mehr wahrhaben wollten. Dazu gehört übrigens auch eine Idyllisierung der DDR schon seit den 1970er-Jahren. Das durfte nicht als Diktatur bezeichnet werden, obwohl es zweifellos eine üble Diktatur war. Beide Persönlichkeiten, Carlo Schmid in der Nachkriegszeit in Westdeutschland und Joachim Gauck in der Wendezeit und in der Nachwendezeit in Ostdeutschland, bringen einen existentiellen Ton in die politische Debatte zurück.⁵ Es geht Ihnen nicht darum sich mit den Mitteln der Politik und der Ökonomie bequem einrichten, sie wollen, dass wir uns den Herausforderungen stellen. Übrigens, die aktuelle Herausforderung der Demokratie parlamentarischen, rechts- und sozialstaatlichen Charakters sehen jetzt fast alle, dieses Modell ist international unter Druck, es hat Konkurrenz bekommen in Singapur, China und anderswo. Es ist nichts mehr selbstverständlich. Und die Verteidigung gleicher Freiheit, gleicher Würde, gleichen Respekts, gleicher Anerkennung unabhängig von Religionszugehörigkeit, unabhängig von ethnischer oder kultureller Herkunft, ist wahrscheinlich eines der ganz großen Themen der Zukunft.

Joachim Gauck ist es in meinen Augen gelungen, zweierlei miteinander zu verbinden, nämlich einen existentiellen Ton in die politischen Debatten zurückzubringen, und ihn mit einem starken Schuss Pragmatismus zu verbinden, nichts zu übertreiben, nichts zu überziehen, die „Tassen im Schrank“ zu lassen, auch in diesen turbulenten Wende-Jahren.

Deswegen will ich noch einen dritten Aspekt hinzufügen, neben dem der Freiheit und der existentiellen Dimension der Politik: Joachim Gauck, ich hoffe, ich trete ihm nicht zu nahe, ist durch und durch Zentrist. In welchem Sinne ist er Zentrist? Zentrist ist nicht jemand, der in der Mitte des politischen Spektrums steht, das ist ein Irrtum. Sondern Zentrist ist jemand, der den Laden zusammenhält. Der darauf achtet, dass die Extreme nicht überhandnehmen. Und wenn man aus der Philosophie kommt, dann erinnert man sich an Aristoteles, der sagt, das ist die Mesotes, die Mitte, das Maß, das den Vernünftigen, den Phronimos, die vernünftige Person auszeichnet. Man übertreibt nicht, man hält die Dinge zusammen, und das heißt unter anderem, man hört zu. Und wenn ein Argument gut ist und es kommt aus einer politischen Ecke, die einem sonst vielleicht nicht so gefällt, dann hört man auch zu. Man versucht, die Dinge zusammenzuschauen, zusammenzubringen, Kohärenz zu schaffen. Und man bleibt auf einer Linie, die die demokratische Ordnung als Ganze stärkt und nicht schwächt. Joachim Gauck war immer Zentrist, Carlo Schmid war immer Zentrist – in diesem Verständnis.

Wir haben gegenwärtig international eine Figur, die, bei aller Kritik, die man gegenüber verschiedenen Äußerungen haben kann, geradezu exemplarisch steht für praktizierten Zentrismus, das ist der neue französische Präsident Macron. Ich glaube, wir brauchen nicht nur in

3 Vgl. Jürgen Habermas: Die Einbeziehung des Anderen: Studien zur politischen Theorie, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1999

4 Wie dies auch in den Erinnerungen Joachim Gaucks deutlich wird: Winter im Sommer – Frühling im Herbst, München: Siedler 2017

5 Vgl. Joachim Gauck: Nicht den Ängsten folgen, den Mut wählen, München: Siedler 2013

Frankreich, sondern auch in Deutschland und in ganz Europa einerseits Augenmaß und Pragmatismus, andererseits aber auch eine existentielle Unterfütterung der politischen Debatten, der politischen Diskurse, der politischen Öffentlichkeit. Joachim Gauck hat in unterschiedlichen Rollen, er war ja lediglich Kurzzeit-Parlamentarier, er war in der Wendezeit aktiv, hat dort eine wichtige Rolle in der Phase der Transformation gespielt, und er hat dann als Verantwortlicher für ein schwieriges Erbe der DDR, auf das ich hier gar nicht weiter eingehen muss, ebenfalls dazu beigetragen, dass diese Republik lernte, mit ihrer Vergangenheit verantwortlich umzugehen, auch wenn viele naturgemäß unzufrieden blieben. Das war ein wesentlicher Beitrag für die Entwicklung der geeinten Republik. Auch sein Engagement für den Verein „Gegen Vergessen für Demokratie“, dem ich seit der Gründung angehöre (Hans-Jochen Vogel hat diesem Verein über viele Jahre seinen prägenden Stempel aufgedrückt) gehört in diesen Zusammenhang.

Ich glaube, es ist ein Glücksfall für dieses Land, dass diese eigenwillige Figur, und ich verwende noch eine Charakterisierung, die Sie vielleicht zurückweisen, dieser Intellektuelle, dann im zweiten Anlauf 2012 zum Bundespräsidenten gewählt wurde. Wir hatten damit eine Persönlichkeit in diesem höchsten Amt, das nicht nur die Beschädigungen der Jahre unter seinen Amtsvorgängern rasch vergessen machte, sondern die das Gespräch mit der Bürgerschaft ernsthaft und intensiv suchte, authentisch als ein Mensch, der für seine Meinungen und Überzeugungen eintritt, mit seiner besonderen Biografie, seinen Erfahrungen in der Diktatur und seiner emphatischen Begeisterung für Freiheit und Demokratie, den Menschen in einer ungewöhnlich offenen Weise zugewandt. Wenn ich das recht sehe, ist Rhetorik nicht eine besondere Technik, in der man sich ausdrückt, sondern es ist die Offenheit der Person, die Fähigkeit, ein Gespräch zu führen, ob man das zu zweit führt – ich hatte einmal Glück, gleich zu Beginn Ihrer Amtszeit haben Sie mich zu einem Gespräch ins Schloss Bellevue gebeten – oder vor fünfzig Leuten, hundert Leuten, oder vorm Fernsehschirm vor Millionen Menschen – es ist bei Ihnen immer ein Gespräch. Man merkt, wir haben hier einen Menschen, der weiß, er spricht zu einem Gegenüber. Und das gehört, glaube ich, ganz wesentlich zu dieser immensen Wirkung, die Joachim Gauck in dieser Amtszeit als Bundespräsident entwickelt hat.

In einer kulturellen Phase, in der man den Eindruck hat, dass nicht nur die Internet-Kommunikation, sondern auch der politische Diskurs an Reife und Verantwortlichkeit verliert, ja sogar eine gewisse Verkindlichung der Gesellschaft zu beobachten ist, die Weigerung, erwachsen zu werden, die Duzerei auch im professionellen Umfeld, mangelnde Distanzwahrung, mangelnde Ernsthaftigkeit, eine hedonistische Event-, Unterhaltungs- und Konsumkultur, die auch auf die Politik übergreift, wirkte Gauck von Anbeginn seines öffentlichen Wirkens als eine reife Persönlichkeit, ganz unabhängig vom Lebensalter. Psychologen würden wohl von Ich-Stärke sprechen. Allerdings liegt in der Fähigkeit zur Selbstbeherrschung, im Gegenbild zum Akrates, dem Unbeherrschten, den Aristoteles in der Nikomachischen Ethik so scharf kritisiert, auch eine Gefahr. Es ist die Gefahr der Verhärtung und des Rückzugs in die innere Zitadelle. In seiner Autobiografie hat Joachim Gauck diese Verhärtungen zum Beispiel gegenüber seinen Kindern selbst geschildert. Aber auch den Weg, diese Verhärtungen, vielleicht auch die Prägung durch einen sehr autoritären Vater, zu überwinden.

Wenn man sich die Liste der elf Bundespräsidenten – über den amtierenden kann man noch nichts sagen, da fehlt die historische Distanz – so vor Augen führt, ich will mit dieser etwas kryptischen Bemerkung schließen, dann gab es unter diesen solche, die eher begleitend, man könnte sagen, komplementär, wirkten, die passten in die politische Zeit, sie passten zu der

jeweiligen Regierung, sie begleiteten diese Entwicklung. Das Amt des Bundespräsidenten ist aus Gründen, die auch Carlo Schmid teilte, mit sehr wenig politischer Macht ausgestattet, außer in schwierigen Phasen, wie wir sie zum Beispiel gegenwärtig erleben. Das ist übrigens ein Unterschied zur österreichischen Verfassung, die in vielem ja sehr ähnlich ist der deutschen, dort ist der Bundespräsident wesentlich stärker, auch der italienischen, dort ist der Staatspräsident in höherem Maße politischer Akteur. Umso mehr kommt es darauf an, dass er nicht nur symbolisiert, nicht nur symbolisch präsent ist für den Staat, sondern dass er sich diskursiv beteiligt, und das ist in



dieser Zeit gelungen – das ist die eigentliche Aufgabe der Bundespräsidenten in Deutschland. Die ganz überwiegende Mehrheit der Bundespräsidenten ist in dem Sinne komplementär wirksam gewesen. Das gilt auch für Gustav Heinemann, 1969 bis 1974, er passte gut in die Zeit, das war die der sozial-liberalen Koalition. Das gilt für Roman Herzog, um ein anderes Beispiel zu nehmen, 1994 bis 1999. Das passt zu Heinrich Lübke ohnehin. Es gibt drei Ausnahmen. Die erste Ausnahme ist heute schon erwähnt worden: Theodor Heuss. Er ist eben auch Kontrapunkt zur Adenauer-Politik. Die zweite Ausnahme ist Richard von Weizsäcker. Ebenfalls Kontrapunkt, übrigens nachlesbar in einem Buch von Richard von Weizsäcker selbst. Und das ist Joachim Gauck. Er hat sich nicht verleiten lassen der Entpolitisierung das Wort zu reden. Das ist ein durch und durch politischer Geist, der die Demokratie mit allen Fasern stärken will. Wem das wahltaktisch oder wie auch immer hilft oder schadet, ist zweitrangig. Das macht ihn sympathisch, das macht ihn zu einem starken Bundespräsidenten. Und er hat nicht nur in dieser Rolle als Bundespräsident, sondern auch in den Jahren seit der Wende zu etwas beigetragen, das man normalerweise nur in der Entwicklungszusammenarbeit so nennt, nämlich „Nation Building“. „Nation Building“, nicht in dieser Attitüde: Wir wissen doch, was eine Nation ist und wie das funktionieren muss, und dann geht man in Länder des subsaharischen Afrika und erzählt dort, wie „Nation Building“ so aussehen müsste – Deutschland stand selbst seit Ende der 1980er Jahre vor der schönen Aufgabe „Nation Building“ nachholend zu betreiben, und meine Einschätzung ist die, dass nicht alles gut auf die Schiene gesetzt worden ist in diesem Einigungsprozess, aus Gründen, auf die ich jetzt nicht eingehen will. Umso wichtiger war, dass die Einheit am Ende doch gelang. Und auch wenn nicht alles von vornherein richtig auf die Schienen gebracht wurde, oder gerade deswegen, bedurfte es eines nüchternen, existentiell motivierten, Ich-starken Optimisten, freiheitsliebend und radikal demokratisch, um dem Land Mut zu machen, sich als Nation neu zu formieren. Und das war Joachim Gauck.

Herzlichen Glückwunsch zum Carlo-Schmid-Preis!

Siegmar Mosdorf stellvertretend für Leni Breymaier MdB

Vorsitzende des Kuratoriums der
Carlo-Schmid-Stiftung und SPD-Landesvorsitzende

Verleihung des Preises

Lieber Herr Bundespräsident,

normalerweise nimmt an dieser Preisverleihung auch die Vorsitzende des Kuratoriums der Carlo-Schmid-Stiftung – das ist nach unserer Satzung immer der oder die Landesvorsitzende der SPD Baden-Württemberg – teil. Die SPD Landesvorsitzende Leni Breymaier kann das heute nicht tun, weil sie an den Koalitionsverhandlungen in Berlin teilnimmt.

Ich freue mich nun, Ihnen den Carlo-Schmid-Preis zu überreichen. Zu diesem Preis gehört neben dem Preisgeld diese wunderbare kleine Skulptur von Werner Scheib. Die Skulptur versinnbildlicht den Schritt nach vorne, den Fortschritt.



Wir verleihen Ihnen den Carlo-Schmidt-Preis in Anerkennung Ihrer Leistung als Bundespräsident, als Brückenbauer zwischen Ost und West in Deutschland und in Europa. Und wir verleihen den Preis an Sie, weil Sie – so wie Carlo Schmid auch – „Politik als geistige Aufgabe“ ansehen.

Im Namen des Vorstandes und des Kuratoriums der Carlo-Schmid-Stiftung gratuliere ich Ihnen herzlich.

Der Vorstand der Carlo-Schmid-Stiftung mit den Akteuren der Preisverleihung (v.l.n.r. Helmut Zilligen, Mitglied im Vorstand der Stiftung; Dr. Peter Kurz, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim; Anni Betz, Mitglied im Vorstand der Stiftung; Joachim Gauck, Preisträger und Bundespräsident a.D.; Siegmar Mosdorf, Vorsitzender der Stiftung; Rosa Grünstein, Mitglied im Vorstand der Stiftung; Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin, Laudator)



Joachim Gauck

Bundespräsident a. D.

Dankesrede anlässlich der Verleihung des Carlo-Schmid-Preises am 3. Februar 2018 in Mannheim

Sehr verehrter Herr Mosdorf,
meine sehr geehrten lieben Abgeordneten, Herr Oberbürgermeister,
verehrte Mitglieder von Kuratorium und Vorstand der Carlo-Schmid-Stiftung,
lieber Herr Professor Nida-Rümelin,
meine sehr geehrten Damen und Herren,



die Reden, die ich gehört habe, unter anderem mit zwei wirklich neuen Gedanken in Bezug auf meine Person, die ich eigentlich schon zu kennen dachte, haben mich in eine äußerst schwere Versuchung gebracht. Nämlich die, einer meiner Lieblingsbeschäftigungen zu folgen, nämlich der freien Rede zu frönen. Das ist aber gefährlich, denn dann findet des Lobens und Erwägens kein Ende. Und deshalb unterziehe ich mich hier einer für mich schwierigen Aufgabe, eine vorbereitete Rede zu halten.

Meine Damen und Herren,
natürlich beginne ich mit Dank.
Lieber Herr Mosdorf, Ihnen und den Frauen und Männern, die sich seit

vielen Jahren darüber Gedanken machen, unsere Demokratie zu stärken, danke ich dafür, dass es mich trifft, das ehrt mich. Ich bin auch dankbar Ihnen dreien, die Sie sich über unsere Demokratie, über Carlo Schmid und über Joachim Gauck Gedanken gemacht haben. Und wenn ich doch eins – bevor ich einsteige in meinen Text – aufnehmen möchte, lieber Herr Nida-Rümelin, dann ist es natürlich schön, wenn man erkannt wird und nicht nur zufällig, sondern durch eine intensive geistige Begegnung. Und in der Tat ist es so, das zu dem Herzensanliegen, mit vollster Überzeugung und nicht nur mit einem „ja, aber“ zu dieser Demokratie zu stehen, noch etwas hinzukommt: einer schon demokratieerprobten Westnation noch einmal mit einem anderen Blick den Wert ihrer eigenen Werte zu erklären. Das ist einer der Gründe, warum merkwürdigerweise aus meiner Perspektive das ganze Gefüge, dessen Mängel wir so oft und häufig beschreiben, noch einmal zu leuchten beginnen kann. Und darum brau-

chen wir manchmal das Zurücktreten aus einer eingebundenen Situation, um uns dann noch einmal anzuschauen, wie von einem Berg, woran so viele unterschiedliche Menschen mitgewirkt haben. Und dann, wenn wir das tun, dann soll eine andere Fähigkeit des menschlichen Geistes dazu treten, das ist die des Vergleichens. Walter Rathenau hat einmal vergleichen als denken bezeichnet. Und dieser Vergleich führt uns in aller Regel zu der Wirklichkeit, in der wir leben und entfernt uns von den Höhen unserer Visionen und Träume und idealistischen Wünsche. Und indem wir das Vergleichbare mit dem Vergleichbaren vergleichen, also auch unsere Demokratie, unser Land, unsere Kultur, erkennen wir, dass eine wunderbare, ganz zauberhafte und merkwürdige, grundsätzliche Veränderung mit diesem Land geschehen ist. Von der absoluten Tiefe und moralischen Verworfenheit, zu einer Vorbildrolle für viele, sehr viele Nationen und Gesellschaften, die zeitgleich mit uns leben. Ich hätte nicht gedacht, als ich im Krieg geboren wurde und die Diktatur erlebte bis zum 50. Lebensjahr, ein Deutschland in dieser Verfasstheit zu erleben – mit Rechtsstaat, Demokratie und Kultur. Und Sie, meine Damen und Herren, Sie hier in Mannheim, haben das gemacht. Sie haben daran mitgewirkt. Und ich wünsche mir und möchte, dass uns das bewusst wird. Genauso tief bewusst, wie der tiefe Fall. Dieses wunderbare Wiedererwachen von Menschlichkeit, Humanität und Rechtlichkeit. Das ist ein Demokratiewunder. Wir sind nicht nur das Land des Wirtschaftswunders, sondern des Demokratiewunders. Und wenn wir das nicht glauben können, dann „gute Nacht Marie“!

Natürlich kehre ich zu Beginn bei Carlo Schmid ein, das gebietet schon der Respekt. Natürlich kannte ich ihn damals als junger Mensch, jedenfalls als ich anfang politisch zu denken. Ich war damals elf Jahre alt, als ich gezwungen wurde politisch zu denken. Als ich dann zur Oberschule ging, war es gang und gäbe bei uns, bei der Mehrheit der Oberschüler, dass wir den Westrundfunk verfolgten. Wir kannten in der Regel alle Namen der Bonner Kabinettsmitglieder, wir kannten selbstverständlich die Bundespräsidenten und Carlo Schmid war eine große Ehrfurcht gebietende Person, deren Bildungshorizont uns begeisterte angesichts auch der Politiker, die wir hatten. Wenn man noch mal genau sich in sein Leben vertieft, dann sind da auch manche Dinge, da muss man schmunzeln. Etwa seine Überlegungen, nach dem Ende des Krieges 1945 ein wanderndes Kabarett zu gründen. Dann aber kam die französische Militärverwaltung und hatte besseres mit ihm vor. Er trat der SPD bei und seine Rolle bei der Schaffung des Grundgesetzes ist bereits gewürdigt worden. Was mir an ihm besonders gefällt, ist das, was in meinen protestantischen Milieus, aus denen ich stamme, häufig nicht zu finden ist, dass eine intensive Verbindung von Demokratievorstellungen mit der Dimension des Rechtes erfolgt ist. Die Existenz eines unabhängigen Rechtssystems und des Rechtsstaates ist wirklich DIE GARANTIE für die Zukunft von Demokratie.

Es gefällt mir auch, dass er trotz seiner zahlreichen politischen Aufgaben, die er hatte, seine künstlerische Ader nicht aufgegeben hat. Und sich dann zwischendurch– vielleicht in Ausschusssitzungen des Bundestages –an Liebesgedichten versuchte oder die Übersetzung von Lyrik Sapphos aus der Antike ins heutige Deutsch vornahm. Das bringt uns den Menschen näher und ich habe mich gefreut, als ich das gelesen habe.

Jetzt werden Sie mir nicht übel nehmen, denn dieser Preis verbindet sich ja mit Rechtsstaats- und Demokratievorstellungen, dass ich mir Gedanken mache über den Zustand der Demokratie und darüber möchte ich mit Ihnen ein wenig nachdenken. Wir haben umfängliche Entwicklungen gehabt, Demokratie und Rechtsstaat voranzubringen. Und gleichzeitig, wenn ich jetzt geehrt wurde auch für meine Bemühungen dies zu tun, beschleicht mich fast so etwas wie

ein schlechtes Gewissen. Nicht weil ich mich – wie wahrscheinlich viele hier im Saal – nicht den liberal-demokratischen-humanistischen Idealen Carlo Schmidts verpflichtet sehen würde – denen sehe ich mich natürlich verpflichtet – sondern das schlechte Gewissen könnte entstehen mit einem Blick auf das, was wir in den vergangenen Jahren in der politischen Kultur Europas erlebt haben. Dass etwa die politisch-liberale Kultur nicht nur von außen, sondern auch von Figuren innerhalb der Europäischen Union kritisch gesehen und manchmal sogar in Frage gestellt wird. Und dann muss sich jeder fragen: nehme ich den Prozess wahr und agiere ich entsprechend, wenn solche Bedrohungen auftauchen?

Was heute nahezu Jeder und Jedem klar vor Augen steht, dass die Demokratie, die Freiheit, die Liberalität von vielen Seiten in Frage gestellt wird, ja sogar bedroht wird, das hat schon eine längere Vorgeschichte. Die Organisation „Freedom House“, die seit 1971 jährlich den Stand der politischen Rechte und bürgerlicher Freiheiten untersucht, die sagt uns, dass sie im elften Jahr nacheinander Rückschritte bei den Standards in Bezug auf die sogenannten Werte sieht. Das Neue sei nun, dass nicht nur in Autokratien und Diktaturen sich die Situation verschlechtert hätte, sondern auch in westlichen, demokratischen Ländern.

Mit Sorge und Irritation also blicken wir auf die Entwicklung in verschiedenen Staaten, insbesondere in Richtung Vereinigte Staaten, deren Freiheitstradition ich doch immer bewundert habe. Und wenn ich dann feststelle, dass im Weißen Haus gerade ein Präsident sitzt und regiert, dem die rechtsstaatlichen Prinzipien aus den Händen gleiten, dann ist das mehr als Beunruhigung, was mich umfängt.

Aber beunruhigt bin ich auch, wenn ich in einige Gebiete der Europäischen Union schaue. Traditionelle Volksparteien verzeichnen zum Teil einen enormen Vertrauensverlust. Es geht in Deutschland noch, obwohl hier auch viel geklagt wird, dass es mit der Rolle der Parteien abwärts geht. Aber wenn wir uns einmal das Schicksal der wirklich über Jahrzehnte dominierenden Sozialisten in unserem Nachbarland Frankreich anschauen, dann kann man, selbst wenn man ein Gegner von Sozialisten ist, sich nicht darüber freuen. Denn wenn eine gestaltende Kraft plötzlich zerlegt wird und das Neue nur in Ansätzen oder auch gar nicht sichtbar wird, dann ist das ein Problem für die Demokratie. Natürlich gibt es, ich habe eben Frankreich angesprochen, dann auch neue Sammlungsbewegungen, die uns erfreuen. Wenn „En Marche“ es zum Beispiel plötzlich schafft zu einer gestaltenden politischen Kraft zu werden, die die Probleme klar darstellt – im Gegensatz zu manchen anderen Ad-hoc-Gruppierungen, die hier und da mal wieder entstehen und mehr Wut auf die Tagesordnung bringen als Programmatik. Dann ist das etwas, was man nicht gleich fürchten muss. Aber es steht noch in den Sternen, was passiert, wenn sich der Erosionsprozess der tradierten Parteien weiter fortsetzen sollte. Das können wir uns nicht wünschen.

Wir sehen nun daneben, dass es auch Parteien gibt, nämlich mit linksextremistischen oder rechtsextremistischen oder linkspopulistischem und rechtspopulistischem Profil. Oder wir blicken in Länder, deren Freiheitskampf wir begeistert verfolgt haben: Ungarn und Polen. Dann hören wir von maßgeblichen Politikern dort, dass es darum ginge eine „illiberale Demokratie“ hervorzurufen, die etwas leichter und besser funktionieren würde als unsere liberale Demokratie. Und wenn wir uns anschauen, wie sie das machen, dann spüren wir, dass bei der Gewaltenteilung, bei der Rolle des Rechtsstaates oder bei der Sicherung von Grundrechten, wie Meinungs- und Pressefreiheit, erste Abbrüche und Eingriffe erfolgen. Und die kann Europa nicht einfach übersehen, sondern da müssen wir hinschauen.



Bei uns in Deutschland haben wir nun etwas nachgeholt, was überall, sogar in absoluten Musterdemokratien wie der Schweiz oder in Skandinavien seit langem passiert ist. Es gibt politische Eliten, die sich mit nationalen aber auch nationalistischen, populistischen, völkischen Tönen hervorwagen. Das ist für uns Deutsche gewöhnungsbedürftig. Wir sollten nicht gleich die Zustände der Weimarer Republik an die Wand malen; die haben wir nicht, denn wir haben viel mehr Demokraten, viel sicherere Institutionen. Aber wir fürchten natürlich eine Entwicklung, in der die bisherige Sicherheit, das „JA“ großer Mehrheiten zu dieser liberalen Demokratie feststand, dass diese Sicherheit uns abhandenkommt. Und dann entstehen Angstprozesse und Angstströmungen in der Gesellschaft, die selten Gutes bewirken. Eine Politik, die sich nur auf Ängste stützt und angstgetrieben ist, ist keine aufklärerische Politik. Und das muss uns wiederum Angst machen. Wir sind unsanft erinnert worden daran, dass Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaat in ihrem Bestand eben nie ein- für allemal gesichert sind. Und dass sie nicht automatisch zu immer höherer Blüte gelangen. All diese Errungenschaften, sie können sich auch zurückentwickeln.

Wenn Karl Popper einst die Demokratie deshalb rühmte, weil sie im Unterschied zu Diktaturen und Autokratien den großen Vorteil habe, dass man die Regierungen völlig gewaltfrei absetzen könne, so müssen wir ehrlicherweise heute hinzufügen, dass die Demokratien auch den Nachteil haben, dass sie sich eigenhändig und eigenständig ganz selbstständig ohne Gewalt auch *abschaffen* können.

Und da sprechen die älteren Deutschen aus eigener Erfahrung. Ich aus einer sehr speziellen: Freiheit und Demokratie waren einst Sehnsuchtsziele für alle Menschen, die in Unfreiheit und Unterdrückung lebten. Und ich spreche ebenfalls aus eigener Erfahrung, wenn ich hinzufüge: Aber die Freiheit der Moderne, die den Menschen aus seiner fest umrissenen Rolle in alten Gesellschaften löst, schenkt ihm nicht allein Freiheit und Unabhängigkeit, wovon er geträumt hat, sondern sie beraubt ihn auch einer Vertrautheit, einer Lebenssituation der Eingebundenheit, die ihm irgendwie Form gab; die vielen Halt, manchen Gegnerschaft bot, aber dadurch



auch klare Definition. Es war ein Dasein in Eingebundenheit. Und die politische Moderne mutet dem Bürger nun einiges zu. In der Unterdrückung leuchtete für die Osteuropäer in der kommunistischen Diktatur diese offene Gesellschaft der Freiheit, der gleichen Rechte aller. Das wollten wir auch. Und deshalb wollten wir Europa. Und dann gingen wir auf die Straße, weil wir dies wollten. Ich kann mich noch genau erinnern, weil ich unter ihnen war in meiner Heimatstadt Rostock, wo ich Sprecher der Bürgerbewegung war. Und schneller als wir erhoffen und als wir erwarten konnten, kam sie dann, die ersehnte Freiheit. Und als sie kam – ich bin jetzt mal ganz grob –, war die eine Hälfte völlig begeistert und so mo-

tiviert, dass sie sofort Abgeordnete im Gemeinderat, im Landtag, im Parlament wurden, dass sie Bürgermeister wurden, dass sie kleine Geschäfte aufmachten, dass sie neue Publikationen eröffneten. Dass sie sofort in die Aktivität gingen. Aber dann gab es noch eine andere Hälfte. Und diese andere Hälfte fand sich in der Freiheit wieder, aber nicht an einem Sehnsuchtsort angekommen, sondern an einer Stelle, an einem Ort, die irgendwie Angst machte, abschreckte; „Jetzt müssen wir ja für uns selber sorgen.“

Václav Havel hat diese Situation in einer berühmten Rede mit folgender Situation verglichen: Eines Tages werden die Insassen eines Gefängnisses alle befreit. Endlich sind sie frei, sie laufen auf die Straße, jubeln, heben einen und fühlen sich wohl. Aber am nächsten Tage fragen sie sich, wer jetzt das Essen besorgt und wie sie zu ihren Lebensmitteln gelangen sollen, ob sie Arbeit haben oder nicht. Und dann fangen sie an: Im Gefängnis war es ja nicht schön, aber es ging ordentlich zu und wir kannten den Platz, an den wir hingehörten. Ich weiß nicht, ob alle Leute, ob alle seine tschechischen Landsleute diese Rede gerne gehört haben. Aber es war mit Händen zu greifen, diese Sorge davor – philosophisch gesprochen: sind wir dazu imstande, das zu leben, was in uns hineingelegt worden ist.

Die Freiheit als Sehnsuchtsort ist etwas anderes, als die Freiheit, in der wir uns in der Form der Freiheit *zu etwas* und *für etwas* zu bewähren haben.

Und das ist nun dieses Dilemma, das alle Gesellschaften vorfinden, die sich in einem Transformationsprozess befinden. Das hat gar nichts mit Kommunismus zu tun, sondern jede Art

von totalitärer, autoritärer Herrschaft evoziert ein angepasstes Verhalten der Mehrheit der jeweiligen Gesellschaft. Wenn du in einer Gesellschaft dafür belohnt wirst, dass du dich fürchtest und ganz schnell anpasst, dann wirst du eine Gesellschaft haben nach ein bis zwei Generationen, in der es ganz uralte Verhaltensmuster des Gehorsams gibt. Und darum haben viele dieser Transformationsgesellschaften dieses Gefühl, die Welt sei dann in Ordnung, wenn Ordnung herrsche, wenn es ein klares Oben und Unten gibt, klare Ansagen gemacht werden und ich weiß, wofür ich vorgesehen bin. Dann darf ich auch ruhig mal opponieren, aber es muss alles seine Ordnung haben. Und diese Ordnung enthält nicht immer für einen Teil der Bevölkerung dieses „Ja“ zur Autonomie, die wir heute in der Laudatio gehört haben, die in uns Menschen als Möglichkeit hineingelegt worden ist. Wir fürchten uns – so gesehen – vor einem wesentlichen und wunderbaren Teil, der in uns lebt. Psychologen wissen darüber mehr als Soziologen und Politologen.

Und in diesem Zusammenhang erwähne ich Erich Fromm, der in seinem berühmten Buch nach dem Kriege über die „Furcht vor der Freiheit“ und die „Flucht aus der Freiheit“ geschrieben hat, als eine anthropologische Konstante. Wenn wir uns jetzt einmal diese Grundlagen der menschlichen Psyche anschauen, mit diesen Gesellschaftssituationen der Transformation, die in vielen neuen Nationen Mittel- und Osteuropas seit 20 Jahren zu erfolgen hat, dann können wir uns eigentlich nicht wundern, dass auf die Angstreaktion derer, die sich vor der Freiheit fürchten, populistische Verführer antworten, die sagen: „na, haben wir euch doch immer gesagt, diese Moderne, sie taugt nichts! Das sind ja ganz merkwürdige Werte. Was kommt da auf uns zu aus dem Westen? Also die Partikularinteressen von gewissen Minderheiten, sexueller Orientierungen oder was weiß ich, sind plötzlich ganz wichtig. Oder sollen wir uns jetzt dauernd mit dem Klima beschäftigen? Was ist denn mit unseren Betrieben?“ Und dann entsteht diese Unsicherheit. Die Menschen fragen sich: „Ist das denn richtig? Haben wir uns nach der falschen Sache geseht?“ Die Populisten sagen dann: „Nein, es ist alles falsch. Es ist alles viel zu entgrenzt.“ Sie tun so, als könnte man die Globalisierung zurückdrängen, als könnte man die Mobilität stoppen, als könnte man den freien Fluss des Geistes international eingrenzen. Und sagen: na dann schauen wir mal auf die Form, die es immer gegeben hat, die Nation. Sie behaupten es habe die Nation immer gegeben und trösten damit die Menschen. Sie sagen: „Kommt her, wir sagen euch wie es ist, früher war es überschaubarer und schöner, früher waren wir beheimatet.“ Es kann sein, dass in alten oder vormodernen Zeiten es Beheimatungsgefühle gegeben hat, die will ich jetzt nicht im Einzelnen aufzählen, die wir heute vermissen. Daher gehört es zu den Erfordernissen einer modernen Gesellschaft, nicht den populistischen Verführern nachzulaufen, sondern eine Beheimatungsstrategie zu entwickeln, die zu unserer politischen Moderne passt. Auch die Aufgeklärten dürfen Beheimatung wollen und müssen nicht von einer Idealvorstellung ausgehen, dass die Menschheit erst dann gerettet ist, wenn alle Bewohner unterschiedlicher Kulturkreise miteinander das Ideal haben, kosmopolitische Weltbürger zu sein, die mit den basalen Menschen- und Bürgerrechten zufrieden sind. Und die nichts weiter bedürfen.

Ich möchte also, dass diejenigen, die politisch aktiv sind und die Verantwortung tragen, sich auch manchmal einer ernsten Selbstprüfung unterziehen. Und das betrifft auch uns, die wir im Grunde in einer modernen liberalen Form von Demokratie à la Carlo Schmid gearbeitet haben und arbeiten. Wir dürfen uns auch manchmal selbst befragen, ob die Art und Weise, wie wir unsere Demokratie zu sichern trachten, immer hilfreich und nützlich war. Wir brauchen also das Zusammenwirken der unterschiedlichen Akteure in der Zivilgesellschaft, seien es die Parteien und die politisch Verantwortlichen, aber auch die Gewerkschaften, andere Gruppen,

Mediennetzwerke und NGOs, die in der ganzen Bandbreite beteiligt werden müssen an dieser Beheimatungsstrategie in der politischen Moderne. Wir brauchen nicht das Verbleiben in unseren jeweiligen Echokammern, sondern wir brauchen eine Erweiterung unserer Dialogfähigkeit. Und vor allen Dingen brauchen wir Mut, dass wir nicht dann, wenn wir neue Begriffe im politischen Diskurs hören oder einer neuen Aggressivität begegnen, gleich denken, wir hätten schon verloren. Denn da sollten wir uns einmal anschauen mit welchen Argumenten, mit welchen Zielvorstellungen populistische Akteure auf den Plan treten. Wo sind denn die Ziele für die Generationen unserer Enkel und Urenkel? Wo sind die gesellschaftlichen Veränderungen, die sie imstande wären umzusetzen? Wenn Sie etwas den europäischen Einigungsprozess zurückführen wollen oder wenn Sie den globalen Handel oder den Austausch der Wissenschaftler, das Miteinander unterschiedlicher Kulturen unterbinden wollen.

Und ich möchte, dass wir bei dieser Selbstprüfung auch noch ein Phänomen ansprechen, das die meisten von uns in der ganzen Tragweite vielleicht erst nach den Präsidentenwahlen in den USA bemerkt haben.

Wenn wir die Analysen lesen nach der Trump-Wahl:

Zwei Drittel der weißen Arbeiter und vier Fünftel der weißen Evangelikalen haben für Trump gestimmt. Und zwar, weil die Themen, die die urbanen demokratischen Eliten gesetzt hatten, etwa Ökologie, Klimawandel, die Interessen sexueller Identitäten oder was sie an den Ostküsten-Unis für politische Korrektheit halten, all dies empfanden diese als unerheblich oder sogar als bedrohlich. Es spielte keine oder nur eine äußerst geringe Rolle, denn wir haben es gelesen, im sogenannten Rust Belt waren ganze Industriezweige verkommen und es gab Menschen, die am existentiellen Abgrund standen, die keinerlei Zukunftsperspektive hatten und die vielleicht auch recht traditionellen Wertvorstellungen verhaftet waren.

Bei uns in Europa mag das Auseinanderdriften der gesellschaftlichen Schichten zwar weniger ausgeprägt sein als in den Vereinigten Staaten. Ab und zu muss man sich dann, auch wenn man ein Liberaler ist, auf dieses Grundmodell des Sozialstaates einlassen, übrigens auch verankert in unserem Grundgesetz. Wenn wir Amerika anschauen oder auch Südamerika oder China oder Afrika, dann weiß man erst, was für ein Schatz das gewesen ist, als die politisch gestaltenden Kräfte hier die Soziale Marktwirtschaft, wie auch in Skandinavien, den Niederlanden, Österreich oder der Schweiz geschaffen haben. Das ist nicht nur ein ökonomisches Modell, das ist ein Modell der politischen Kultur und wir könnten jetzt einmal sehen, was unsere Vorgänger geschaffen hatten, als sie dieses Modell ins Leben gerufen und gesichert haben. Wir sehen das jedenfalls ganz deutlich, wenn wir uns mit Amerika und der dortigen Wählerschaft vergleichen. Aber, was mir dabei aufgefallen ist, ist das uns auch ein Thema gesetzt ist mit der Trump-Wahl. Es ist wichtig, dass wir neu begreifen, dass wir die gesamte Wählerschaft in den Blick nehmen müssen und dass wir die sozialen und kulturellen Interessen derer mit im Kopf, mit im Blick haben müssen, die nicht mit uns diskutieren. Nimmt das Gefühl der Bürger – oder sagen wir mal von Teilen der Bürger – zu, ignoriert zu sein oder gering geschätzt oder gar abgespeist zu werden – wenn das so ist, dass die das so fühlen, dann müssen wir etwas daran ändern. Vernachlässigt fühlen sich beispielsweise in so manchen Gemeinden die Einwohner, weil Fabriken in der Umgebung dicht gemacht haben, das letzte Geschäft ist geschlossen, vielfach auf dem Lande. Ich komme aus dem Nordosten Deutschlands und die Busverbindungen in die nächste Kreisstadt existieren dann nicht mehr und der nächste Arzt ist viele Kilometer entfernt. Das sind ganz handgreifliche Gründe, an denen man arbeiten kann. Es ist darauf zu achten, dass der Unterschied zwischen urbanen und ländlichen Räumen nicht zu groß wird.

Aber es gibt auch noch andere Dinge: Haben wir liberale Demokraten – ich meine liberal jetzt nicht im Sinne von Parteien sondern im Sinne von Carlo Schmid – uns ausreichend darum bemüht, die verschiedenen Bevölkerungsgruppen nicht einfach nebeneinander und schon gar nicht gegeneinander, sondern miteinander leben zu lassen? Tun die Befürworter der offenen Gesellschaft genug, um einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Gruppen zu schaffen, um so etwas wie ein Gefühl für das große Ganze bei allen im Blick zu behalten? Nun kommen wir zu etwas, das unerlässlich ist, um das Ganze anzusprechen: man muss eine Sprache zur Verfügung haben, die alle verstehen können, die alle hören können. Wird denn überhaupt verstanden, was wir untereinander reden?

Wir müssen uns mal vorstellen, es gebe nicht eine im traditionellen Sinne bestehende Klassengesellschaft, sondern wir könnten uns einmal fragen, wenn wir über das Sich-Verständigen sprechen, wer nimmt daran teil? Natürlich wir, die wir wählen gehen, die in politischen Parteien sind, die ein politisches Amt haben, dann unsere Medien, die aufgeklärte Wissenschaft, Verbände, Vereine, organisierte Zivilgesellschaft – wunderbar, das funktioniert. Wir haben eine Sprache gefunden, mit der wir uns verständigen können. Aber dann gibt es Bereiche in der Gesellschaft, die diese Sprache gar nicht verstehen, die, wenn sie hier sitzen würden, denken würden: bin ich auf einem Mediziner-Kongress? Wo die Ärzte sich untereinander glänzend verstehen, nur wir Laien verstehen Bahnhof. Und da bin ich darauf gekommen, dass die Sprache der Politik oft so ist, dass wir so tun, als gebe es die gar nicht. Es gibt eine Personengruppe unter Journalisten, die schreiben Theaterkritiken, oder was in der Oper so läuft, wenn man das liest, weiß man genau: die schreiben das, damit die Kollegen in den anderen Zeitungen sie gut verstehen und das toll finden. Ob das normale Publikum sie versteht, das ist zweitrangig. Aber sie selber machen sich dann einen Namen, wenn es besonders kompliziert ist und besonders tolle verstiegene Ideen dabei auf den Markt kommen.



Da habe ich mir gedacht: Politisch geht das aber nicht. Es kann ja sein, dass es für den einen oder anderen Politikwissenschaftler nützlich ist, so wunderbar „sophisticated“ über sein Fach zu sprechen, dass er auffällt und möglicherweise einen Ruf an eine berühmte Uni bekommt. Das ist auch ok. Aber wollen wir, wenn es darum geht, uns miteinander über Grundlagen unseres politischen Lebens zu verständigen, auch so tun, als wollten wir alle berufen werden auf einen berühmten Lehrstuhl? Oder wollen wir mal so tun, als ob die Kneipe, in die wir nicht mehr gehen seit wir Akademiker sind, auch noch ein Ort wäre, wo wir einkehren könnten und wo wir uns verständlich machen könnten. Hätten wir nicht, wenn wir alle meinten und ein bindendes Band zwischen allen schaffen wollten, die Verpflichtung zu so etwas wie einer „erhellenden Vereinfachung“? Einer erschließenden, erhellenden Vereinfachung in unserer Sprache?

Nun denken Sie: Was ist jetzt mit ihm los? Er driftet ab, er wird Populist. Aber warum gehören die einfachen Worte und die einfache Sprache den Verführern? Denken Sie einmal an Ihre Universitätszeit, an Ihre Schulzeit, wenn Sie einem Künstler begegnet sind, der es verstanden hat, Sie als künstlerischen Laien so anzuziehen, so zu überzeugen, das Sie gesagt haben: Wow! Er hat Recht, wie schön! Und es gibt an jeder Uni, neben den unendlich vielen Forschern und Gelehrten, die in die Geheimnisse des Seins eindringen, sein sie mathematischer oder philosophischer Natur, immer Menschen, die können die hochkomplexen Dinge so sagen, dass wir als Laien erstens zuhören, zweitens gefangen genommen werden, von dem was sie sagen, weil unser Intellekt wie unser Herz angesprochen wird, und dann können wir zustimmen. Oder uns ermutigen lassen, uns einbinden und zusammenbringen lassen. Warum wollen wir diese kostbare Gabe, die Fähigkeit mit einfachen Worten Dinge zu erklären, warum wollen wir die vergeuden und rechts- oder linksaußen liegen lassen? Das gehört sich nicht. Wir brauchen nämlich alle Bürger. Natürlich gibt es immer welche, die wir nie erreichen werden. Keine Gesellschaft wird je perfekt sein. Aber wir müssen uns doch bemühen, möglichst viele einzubeziehen. Und deshalb gehört für mich, bei der Überprüfung unserer politischen Ziele auch die Überprüfung der Art und Weise, wie wir über unsere politischen Ziele sprechen, dazu.

Ich möchte, dass wir in unserer gegenwärtigen Debatte den Mut haben zu A: mehr Toleranz und B: zu mehr Offenheit und Deutlichkeit. Eine Gesellschaft, die gezeigt hat, dass ihre Rechtsordnung und die sie tragenden politischen Kräfte tolerant und human sind, die sich bereit erklärt hat, Not abzuwenden, muss sich nicht fürchten, wenn über das Für und Wider bestimmter Politikansätze heftig debattiert wird. Wenn ich also auf der einen Seite ein Land erlebe, das geprägt ist von Humanität und Toleranz, muss dieses Land auf der anderen Seite nicht übertrieben ängstlich sein, wenn es heftige Worte, heftige politische Attacken hört. Die Tatsache, dass uns verschiedene Sorten von Populisten erschrecken, darf doch nicht dazu führen, dass wir mit einem sehr gesunden politischen, ökonomischen, rechtlichen Fundament aus lauter Schreck einfach davon laufen oder die Waffen strecken oder nicht mehr argumentieren. Ich verstehe es nicht: was haben denn diese unterschiedlichen Sorten von Verführern anzubieten gegenüber der Geschichte unseres demokratischen Rechtsstaates, unseres Wohlfahrtsstaates? Da geht es mir ähnlich, wie es früher mir bei den Kommunisten ging. Die Leute haben damals gemerkt, wenn man sich rechtzeitig fürchtet und den Kopf einzieht, dann kann man keinen auf den Deckel kriegen. Es war für mich, der ich immer mit Jugendlichen gearbeitet habe, ein einfaches Erziehungsziel, zunächst einmal zu sagen: Angst ist menschlich, kann ich verstehen aber schau doch erst mal aus der Haustür, ob da einer ist, der dir Angst macht. Schau doch erstmal, ob du wirkliche Gründe für Angst hast, bevor du deinen Angstmechanismus in den Gang setzt. Aber für viele von uns, das hängt auch mit den Prägungen

aus der Kindheit zusammen, ist das frühzeitige und rechtzeitige und deutliche Benennen von Angst eine Form der Kultur. Und das halte ich für äußerst schlimm. Ich habe das daran gemerkt, dass das Gegenteil von Angst, nämlich Gewissheit, Freude, Gestaltungskraft in den intellektuellen Zirkeln, in denen ich verkehrte, eher negativ konnotiert war. Wenn du als dankbarer Zeitgenosse dich als Freund der Demokratie geoutet hast, galtst du vielen als leicht behämmert. „Er kann es ja nicht besser wissen, er kommt aus dem Osten, er weiß nicht, wie es in Wirklichkeit ist. In Wirklichkeit müssten wir vielmehr Angst haben, vielmehr besorgt sein.“ Das ist doch alles lächerlich, hat doch überhaupt keine realistische Grundlage. Sie, die Sie über Jahrzehnten dieses Land so sicher und rechtsstaatlich und sozial abgesichert haben, wie es noch niemals in der Deutschen Geschichte gewesen ist, Sie wollen sich Angst machen lassen von Leuten, die in ihrer ganzen politischen Geschichte weder links- noch rechtsaußen jemals irgendetwas hingestellt haben? Na soweit kann es ja wohl nicht gehen.

Meine Damen und Herren,

ich habe vorhin gesagt, wir müssen heftiger miteinander debattieren, davon geht die Welt nicht unter. Ein guter Bekannter von manchen hier, der britische Professor Timothy Garton Ash, hat mal gesagt: Wir brauchen eine robuste Zivilität. Wir sind ja so ein bisschen sorgfältig geworden mit unserer politischen Korrektheit. Das ist für mich jetzt nicht ganz einfach, denn der Bundespräsident ist ja die Inkarnation der politischen Gerechtigkeit – das soll er auch bleiben. Aber gleichzeitig soll er auch ein Antihysterikum sein und dazwischen bewegt sich einiges. Ich muss vielleicht nicht vor lauter Angst eine bestimmte Form der Vorstellung von Frauen und Männern soweit umsetzen, dass ich Gedichte von Wänden abkratze. Wer tolerant ist, muss sich nicht gleich fürchten, wenn es eine etwas deutlichere als die übliche Form der Auseinandersetzung gibt. Das schadet uns nicht. Denn wenn wir aus der Mitte der Gesellschaft Deutlichkeiten meiden, wird es ein Bonus für die, die Deutlichkeit benutzen in verführerischer Absicht. Haben wir das nötig? Natürlich nicht.

Und das gilt auch für Europa, wenn wir uns phasenweise mal nicht einig sind, weil wir unterschiedliche Entwicklungsepochen haben in der Mentalität der Westländer in Europa, die 60 Jahre lang Demokratie entwickelt haben und der Osteuropäer, die das gerade mal 25 Jahre lang getan haben. Da muss man nicht gleich aus den Latschen kippen, wenn die nicht dieselben Empfindungsmuster haben wie wir, wenn es um bestimmte auch humanitäre Ziele geht. Das ist unangenehm, weil sie unsere Werte mit unterschrieben haben beim Eintritt in die Europäische Union. Aber wir könnten auch den Faktor der Langsamkeit des Mentalitätswandels in Rechnung stellen, uns daran erinnern wie lange wir als Deutsche brauchten, um nach dem Krieg zu erkennen, dass wir nicht genauso sind wie die anderen, sondern dass da ein Riesenproblem von Schuld auf unserer Seele lastet und in unserer Geschichte lagert. Dass man dann irgendwie doch nach etwa einer Generation jedenfalls massenwirksam anfang das zu bearbeiten, obwohl Minderheiten das schon lange gesagt hatten.

Ich will nicht jede Form der wenig solidarischen Haltung einiger mittelosteuropäischer Länder hier rechtfertigen. Aber ich will doch zu einer gewissen Gelassenheit aufrufen, die sich daraus speist, dass ich meine, dass die Debatten in 10, 20 Jahren in diesen Transformationsgesellschaften deutlich anders aussehen werden als heute. Und dass es klug wäre, sich auf solche unterschiedlichen Gegebenheiten auch politisch einzustellen.

Ich sagte eben, wir sollten so etwas wie eine robuste Zivilität nicht scheuen und uns auch vor einer gewissen Deutlichkeit der Sprache nicht fürchten, dass wir eine gewisse Gelassenheit

entwickeln dürfen. Und: Die Europäische Union ist auch ein großes Zelt. Sie ist noch keine Einheitsgesellschaft, in der wir alle dieselben Gefühle haben oder dieselben Bedürfnisse, was Regelungsdichte betrifft.

Es gibt auch etwas, was mich in dieser Situation, in der nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in wunderbar vorbildlichen Ländern in Skandinavien, rechtspopulistische Parteien reüssieren – lange vor uns, stärker als bei uns – nicht wirklich Angst oder Sorge um die Entwicklung der Demokratie haben lässt. Das ist die Tatsache, dass viele Menschen trotz neuer Verunsicherung nicht einfach davonlaufen und die europäische Idee preisgeben. Sie denken über Europa nach, indem sie die europäische Einigungsidee aufrechterhalten. Vielleicht muss man die Einigung nicht forcieren. Man muss vielleicht nicht wie vor 10, 20 Jahren meinen, demnächst stünden die vereinigten Staaten Europas vor der Tür. Das können wir Weltbürger uns ja wünschen, aber das bekommen wir doch nicht hin ohne die Massen unserer Wahl-Bevölkerung. Und deshalb ist es ein Gebot der Vernunft, das Maß, das Tempo dieser europäischen Vereinigung gelegentlich einer Prüfung zu unterziehen. Es ist sehr schön, dass wir Bewegung erlebt haben, die neu zu Europa steht. Es hat uns auch hier in Deutschland unheimlich ermutigt, dass in Frankreich unter Präsident Macron das deutliche Ja zu Europa wieder hoch kam. Viele von uns haben ja nur auf den rechten Rand geschaut, auf Madame Le Pen und ihre Wählerschaften, die ja zum großen Teil Wählerschaften der alten Sozialdemokratie waren. Aber wir werden Europa nicht preisgeben, wir wollen das auch nicht, weil es unseren politischen Wünschen entgegengesetzt wäre sondern weil es auch ökonomisch unvernünftig wäre. Europa hat tatsächlich weit zügiger als bisher umzusetzen, was nur auf europäischer Ebene geregelt werden kann und es hat deutlicher Dinge zurückzugeben, die national in den Mitgliedstaaten effektiv geregelt werden können.

Und jetzt sind wir gerade in einer Situation, in der wir realistisch über Europa reden können. Zu Beginn meiner Amtszeit als Bundespräsident habe ich meine erste Europarede gehalten und habe gesagt: „Wir brauchen keine Bedenkenträger, wir brauchen Bannerträger!“ Und wenn sie mich noch ein bisschen gelassen hätten, hätte ich aus dem Stand weg die Vereinigten



Staaten von Europa gefordert, einfach weil ich so begeistert bin von der europäischen Idee. In meinem Klüngel, in meinen aufgeklärten Gesprächspartnerkreisen, da hätte ich Beifall bekommen und gleichzeitig hätte ich nicht gemerkt, wie ein großer Teil meiner Gemeinde – ich war früher evangelischer Pastor – mir abhanden gekommen wäre, denn soweit wollen sie dann doch nicht gehen.

Jetzt hören wir zu. Man kann zwar, wenn es um Demokratie geht, mit Carlo Schmid sagen: „Wenn Europa werden soll, dann muss man aufs Ganze gehen.“

Und dieses Ganze zu bewahren heißt, mit Augenmaß die Probleme und die Lösungsaufgaben, die wir haben, zu benennen, ein Problem ein Problem zu nennen und dann nach neuen Bündnissen zu suchen, um diese Probleme zu lösen.

In alledem wollen wir uns gegenseitig beistehen, ich nehme heute diese Auszeichnung als eine Ermutigung an, weiter das zu betreiben, was vielleicht langsamer als von mir erwünscht kommen wird, dieses in Freiheit und Einheit und Rechtsgleichheit verbundene gemeinsame Europa in einer Form von einer ganz liberalen Carlo Schmid'schen Freiheitlichkeit. Und bleibe dabei, wenn wir Freiheit verstehen als Verantwortung und wenn wir uns bewusst machen, dass der Name von Freiheit für Erwachsene Verantwortung lautet, dann haben wir diejenige Haltung, die uns jede Furcht nimmt und jedes Zutrauen, sollten wir es verloren haben, zurückgibt.

Ich danke Ihnen.

Fotoimpressionen der Preisverleihung



„Herzlich willkommen in Mannheim“. Mitglieder des Vorstandes begrüßen den Preisträger Joachim Gauck und seine Partnerin Daniela Schadt.

Fotoimpressionen der Preisverleihung



Letzte Absprachen vor der Preisverleihung mit den Akteuren.



Fotoimpressionen der Preisverleihung



Fotoimpressionen der Preisverleihung



Fotoimpressionen der Preisverleihung



Fotoimpressionen der Preisverleihung



Dank an die zwei 12-jährigen Klavier-Schüler der Musikschule Mannheim, für die musikalische Umrahmung der Preisverleihung. Sie hatten vierhändig gespielt.



Fotoimpressionen der Preisverleihung



Büste Carlo Schmid.
Dank für die Leihgabe für die
Preisverleihung an die
Ringwaldstiftung.

Fotoimpressionen der Preisverleihung



Bundespräsident a.D. Gauck
nimmt sich Zeit für Interviews
beim Empfang.



Bisherige Preisträgerinnen und Preisträger der Carlo-Schmid-Stiftung

1989	Klaus von Bismarck
1991	Dr. Manfred Stolpe
1993	Daniel Goeudevert
1995	Lilli Gruber
1996	Jacques Delors
1998	Helmut Schmidt
2001	ARTE
2004	Deutsch-Polnisches und Deutsch-Französisches Jugendwerk
2006	Robert-Bosch-Stiftung und Hertie Stiftung
2008	Hans-Dietrich Genscher
2010	Dr. Werner Spies
2014	Jean-Marc Ayrault
2018	Joachim Gauck

Sehr geehrte Freunde und Förderer,

unsere Stiftung finanziert ihre Arbeit aus Spenden. Diese sind steuerbegünstigt.

Ihre Hilfe wird dankbar begrüßt!

Sie helfen uns, die Aktivitäten der Stiftung auszubauen.

IBAN DE95600501017449903314

BIC SOLDADEST600

Carlo Schmid – Biografische Stationen

Carlo Schmid (als **Karl Johann Martin Heinrich Schmid** * 3. Dezember 1896 in Perpignan/ Frankreich; † 11. Dezember 1979 in Bad Honnef) war ein deutscher Politiker (SPD) und renommierter Staatsrechtler.

Die frühen Jahre

Carlo Schmid wurde am 3. Dezember 1896 in Perpignan (Südfrankreich) geboren und kam mit 14 Jahren nach Deutschland. Sein aus Württemberg stammender Vater Joseph Schmid arbeitet dort als Privatgelehrter und als Dozent an der Universität Toulouse, die Mutter Anna Erra war Französin. Seine Kindheit verbrachte Schmid in Weil der Stadt, wohin die Familie ein Jahr nach seiner Geburt übersiedelte. Dort war sein Vater fünf Jahre lang Schulleiter und Lehrer der Realschule. 1908 zog die Familie nach Stuttgart um, wo Schmid das humanistische Karls-Gymnasium besuchte und im Frühjahr 1914 das Abitur ablegte. Er nahm von 1914 bis 1918 als Soldat am Ersten Weltkrieg teil, wo er u. a. bei Verdun kämpfte.

Danach absolvierte er ab 1919 ein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Eberhard Karls Universität Tübingen, das er 1921 mit dem ersten und 1924 mit dem zweiten juristischen Staatsexamen beendete. 1923 erfolgte mit der Arbeit „Die Rechtsnatur der Betriebsvertretungen nach dem Betriebsrätegesetz“ seine Promotion zum Dr. jur.

Er ließ sich zunächst als Rechtsanwalt in Reutlingen nieder, trat aber schon 1925 als Gerichtsassessor in den Justizdienst des Landes Württemberg ein. Von 1927 bis 1931 war er als Richter am Amtsgericht und später als Landgerichtsrat in Tübingen tätig.

Von 1927 bis 1928 war er für eine Tätigkeit als Referent am Kaiser-Wilhelm- Institut für ausländisches Öffentliches Recht und Völkerrecht in Berlin beurlaubt. 1929 erfolgte seine Habilitation mit einer Arbeit über die Rechtsprechung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes an der Eberhard Karls Universität Tübingen, wo er seit 1930 als Privatdozent tätig war. 1931 und 1932 übernahm er die Leitung des Lagers vom Freiwilligen Arbeitsdienst.

Während des Nationalsozialismus

Nach der Machtübernahme durch die NSDAP gründete er mit Kollegen und Studierenden in Münsingen einen Freiwilligen-Arbeitsdienst, in welchem arbeitslose Jugendliche zusammen mit Studenten in einem Steinbruch arbeiteten. Hintergrund war die Hoffnung Schmidts, durch persönlichen Einsatz die Jugendlichen nicht der radikalen Massenbewegung im Nationalsozialismus zu überlassen.

1933 erhielt Schmidts Personalakte auf Grund seiner Tätigkeiten einen Sperrvermerk. Um einer Entlassung zu entgehen, trat er dem Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen bei. Öffentlich bezeichnete er dennoch den Nationalsozialismus als Philosophie von Viehzüchtern, angewandt am verkehrten Objekt. Nur durch Unterstützung eines NS-Studentenführers konnten schwerwiegende Konsequenzen verhindert werden. 1940 wurde er zur Wehrmacht einberufen und war bis 1944 als juristischer Berater der Oberfeldkommandantur in Lille/Frankreich zugeteilt, wo er sich vielfach für die Bevölkerung einsetzte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach Kriegsende bildete Schmid einen Arbeitsstab und war an der Wiedereröffnung der Eberhard Karls Universität Tübingen maßgeblich beteiligt. Sein Verdienst war die Berufung von z. B. Romano Guardini, Wilhelm Weischedel, Eduard Spranger, Alfred Kühn oder Adolf Butenandt an die Universität, die ihm außerdem eine nicht willkürlich vorgenommene Entnazifizierung verdankt.

Zur Zeit der französischen Besatzung, im Oktober 1945, trat Schmid an die Spitze der provisorischen Regierung, des „Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns“.

In den Jahren 1946 bis 1953 wirkte er als Professor für Öffentliches Recht in Tübingen und wurde nach einer für die Sozialdemokratische Partei verlorenen Wahl 1947 Stellvertretender Staatspräsident und Justizminister von Württemberg-Hohenzollern. Diese Ämter übte er bis 1950 aus.

1949 gründete Schmid, unter Mithilfe von Theodor Eschenburg, gemeinsam mit Heinrich Hartmann und Henri Humblot den Internationalen Bund (IB), der nach dem Vorbild des Freiwilligen Arbeitskreises Jugendlichen eine Chance zur Weiterbildung ermöglichen soll.

1953 folgte er dem Ruf der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main auf den Lehrstuhl für Politische Wissenschaften.

Daneben betätigte sich Schmid als Übersetzer der Werke von Machiavelli, Baudelaire und Malraux. Sein Nachlass wird im Archiv der sozialen Demokratie verwaltet.

Partei

Nach dem Krieg wurde Schmid Mitglied der SPD. Von 1946 bis 1952 war er SPD-Landesvorsitzender in Württemberg-Hohenzollern. Von 1947 bis 1970 war er Mitglied im SPD-Parteivorstand. Von 1958 bis 1970 gehörte er außerdem dem Präsidium der SPD an und war maßgeblich an der Ausarbeitung des Godesberger Programms beteiligt. Innerhalb der SPD gehörte er zu den Verfechtern des Mehrheitswahlrechts.

Schmid gehörte mit Fritz Erler, Herbert Wehner und Willy Brandt zum sogenannten Frühstückskartell der SPD, das sich bis 1958 mit seinen Vorstellungen einer Parteireform durchsetzte.

1961 und 1965 gehörte Schmid zur Regierungsmannschaft von Willy Brandt für den Fall eines Regierungswechsels. Er war jeweils als Außenminister vorgesehen.

Abgeordneter

1947 wurde Schmid in den Landtag von Württemberg-Hohenzollern gewählt, dem er bis zur Eingliederung des Landes nach Baden-Württemberg am 17. Mai 1952 angehörte.

Bereits im August 1948 wirkte Carlo Schmid in der Herrenchiemsee-Verfassungskonferenz, die das spätere Grundgesetz in die Wege leitete, sehr maßgeblich mit.

Von 1948 bis 1949 war er Mitglied des Parlamentarischen Rates und hier Vorsitzender der SPD-Fraktion und des verfassungspolitisch ausschlaggebenden Hauptausschusses sowie des Ausschusses für das Besatzungsstatut. Schmid trat im Parlamentarischen Rat unter anderem am 8. September 1948 durch eine Grundsatzrede und das auf seine Initiative ins Grundgesetz übernommene konstruktive Misstrauensvotum hervor.

Von 1949 bis 1972 war er Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 1949 bis 1966 sowie von 1969 bis 1972 war Schmid Vizepräsident des Deutschen Bundestages und von 1949 bis 1953 sowie von 1957 bis 1965 gleichzeitig Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. 1949 bis 1953 war Schmid Vorsitzender des Bundestagsausschusses für das Besatzungsstatut und Auswärtige Angelegenheiten, 1953 bis 1956 und 1957 bis 1966 Stellvertretender

Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. 1955 trug er in dieser Funktion als Mitglied der Verhandlungskommission unter Konrad Adenauer sehr zum Gelingen der deutsch- sowjetrus- sischen Verhandlungen in Moskau bei, aus denen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen resultierten.

Schmid vertrat während seiner gesamten Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag als direkt gewählter Abgeordneter den Wahlkreis Mannheim I. Vom 12. Oktober 1959 bis 1961 war er Vorsitzender der Unterkommission „Haushalt“ des Bundestagspräsidiums. In seiner letzten Wahlperiode war er nach William Borm (FDP) der zweitälteste Abgeordnete des Bundestages. 1959 gehörte er mit Josef Arndgen (CDU), Walther Kühn (FDP) und Ludwig Schneider (DP) nach dem Unfalltod des Abgeordneten Josef Gockeln (dessen Hinterbliebene zu Sozialfällen wurden) zu den Initiatoren einer Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung für Abgeordnete.

Schmid, der sich besonders für die deutsch-französische Aussöhnung einsetzte, gehörte von 1950 bis 1960 sowie von 1969 bis 1973 der Beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg an. Von 1963 bis 1966 war er Präsident der Versammlung der Westeuropäischen Union in Paris, nachdem er zuvor bereits seit 1956 deren Stellvertretender Präsident gewesen war.

Öffentliche Ämter

1945 wurde er von der französischen Militärverwaltung zum Präsidenten des Staatssekretariats für die Französische Besatzungszone ernannt. Gleichzeitig übernahm er das Amt des Landesdirektors für das Unterrichtswesen und die kulturellen Angelegenheiten in der von der französischen Militärregierung eingesetzten Landesverwaltung. Bis zu den Landtagswahlen 1947 war Carlo Schmid Präsident der provisorischen Regierung von Württemberg-Hohenzollern. Danach war er von 1947 bis zum 1. Mai 1950 Justizminister und Stellvertretender Staatspräsident in der von Lorenz Bock (CDU) bzw. dessen Nachfolger Gebhard Müller geführten Staatsregierung des Landes Württemberg-Hohenzollern. Er vertrat Württemberg-Hohenzollern beim Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee.

Bei der Wahl des deutschen Bundespräsidenten 1959 unterlag er als Kandidat der SPD dem bisherigen Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Heinrich Lübke (CDU) im zweiten Wahlgang.

Am 1. Dezember 1966 wurde er als Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder in die von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger geführte Bundesregierung der Großen Koalition berufen und war in dieser Eigenschaft Vertreter des Kabinetts im Bundesrat. Nach der Bundestagswahl 1969 schied Schmid am 21. Oktober 1969 aus der Bundesregierung aus.

Von 1969 bis zu seinem Tode war er Koordinator für die deutsch-französischen Beziehungen.

Impressum

Herausgeber: Carlo-Schmid-Stiftung
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

Geschäftsführung: Anni Betz
Telefon (0711) 61936-25 oder -54
Fax (0711) 61936-20

Stiftungsvorstand

Vorsitzender: Siegmars Mosdorf
Mitglieder: Anni Betz, Rosa Grünstein,
Helmut Zilligen

Stiftungskuratorium:

Vorsitzender: Leni Breymaier MdB
Mitglieder: Prof. Klaus von Beyme,
Prof. Dr. Wolfgang Böckenförde,
Dr. Rolf Böhme,
Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin,
Dr. Peter Kurz, Edzard Reuter,
Wolfgang Thierse, Dr. Ulrich Weidner,
Dr. Monika Wulf-Mathies

Foto: Thomas Tröster, Mannheim

Satz + Druck: optiplan GmbH
Kopie + Medientechnik, Stuttgart
Mai 2018